



# „Ich habe noch einiges vor ...“

Interview mit

**Prof. Dr. Karl-Dieter Keim**

Direktor des Leibniz-Instituts für  
Regionalentwicklung und Strukturplanung

im Rahmen des Kolloquiums  
„Zukunft der raumwissenschaftlichen Forschung  
am Beispiel der Kulturlandschaften“

Juni 2004

Sils Maria  
Engadin/Schweiz

Interviewpartner: Gerhard Mahnken und Prof. Dr. Ulf Matthiesen

© Leibniz-Institut für  
Regionaleentwicklung und Strukturplanung (IRS)  
Flakenstraße 28-31  
15537 Erkner

Tel.: 03362/793-0 / FAX: -111  
E-Mail: [regional@irs-net.de](mailto:regional@irs-net.de)  
Internet: [www.irs-net.de](http://www.irs-net.de)

**Gerhard Mahnken (G. M.)**

*Guten Tag lieber Herr Keim. Ich begrüße Sie hier in Sils Maria im Engadin. Heute ist der 16. Juni 2004 und wir befinden uns an einem der schöneren Orte der Welt, wo wir im Rahmen unseres Kolloquiums „Kulturlandschaften“ auch über das IRS reden wollen. Vielleicht ist es sogar die Distanz zu Erkner, die es uns ermöglicht, ungezwungener auf die letzten zwölf Jahre zu schauen und damit verbunden die biografische Entwicklung unseres Direktors zu betrachten. Herr Keim, als Sie 1992 die Leitung des IRS übernommen hatten, waren Sie, was Ihren beruflichen Werdegang angeht, an einem Punkt angelangt, an dem Sie hätten sagen können: Der bisherige Weg war erfolgreich. Was sollte jetzt noch kommen? Was war das zentrale Motiv, als Universitätsprofessor von Bamberg aus mit einem neugierigen Blick in Richtung Berlin, Richtung Ostdeutschland, wieder ganz von vorne anzufangen?*

**Karl-Dieter Keim (D. K.)**

Das Entscheidende war mit Sicherheit der Fall der Mauer. Ich bin schon einige Tage nach dem 09. November 1989 in Berlin gewesen und hatte mich an Ort und Stelle von dem unvorstellbaren Ereignis überzeugt. Es hat mich stark berührt. Ich wusste auch, es würde historisch eine einmalige Situation werden, die Veränderungen nun in den Folgejahren zu gestalten und ich hatte ohnedies langfristig nicht vor, in Bamberg zu bleiben. Deswegen war ich sehr froh, dass es die Möglichkeit gab, mich jetzt erneut nach Berlin – in ein neues Berlin – zu begeben und mich an dieser Mitgestaltung zu beteiligen.

**G. M.**

*Würden Sie im Nachhinein sagen, dass bei Ihrer damaligen Sicht auf Ostdeutschland auch eine gewisse Naivität mit im Spiel war, so wie das bei neuen Berufsstationen ganz normal ist? Oder konnten Sie von Anfang an die Tragweite des bevorstehenden Transformationsprozesses einschätzen?*

**D. K.**

Das war eine Mischung. Ich hatte schon eine relative Sicherheit über meine Kompetenzen und, ich glaube auch, eine realistische Einschätzung über die Umbrüche und Transformationsereignisse, die da in den Folgejahren stattfinden würden. So vertraute ich darauf, dass das, was ich einerseits durch die wissenschaftliche Kompetenz, andererseits durch meine Verwaltungserfahrung einbringen konnte, dass das auch tragen würde, um in einer solchen einmaligen Situation Fuß zu fassen. Auf der anderen Seite war ich insofern ein bisschen blauäugig, als ich dachte, wenn jetzt die betreffenden politischen Kreise sagen, wir brauchen da bestimmte Forschungsinstitute, um auch durch wissenschaftliche Expertise an den Veränderungsprozessen mitzuwirken, dass ich dachte, das Institut wird dann eben von vornherein entsprechend ausgestattet und gestützt und wir brauchen uns in diesen Dingen keine Sorgen zu machen. Da habe ich mich etwas geirrt, das war dann doch wesentlich komplizierter, als man es am Anfang erwartet hatte.

**Ulf Matthiesen (U. M.)**

*Dieses neu zu gründende IRS hatte ja eine Vorläuferinstitution. Könnten Sie vielleicht ganz kurz das Verhältnis dieser Vorläuferstruktur zu diesem Neuaufbau charakterisieren? Letzteren hatten Sie sehr schnell unter die drei Leitbegriffe „systemische Betrachtung oder Planung“, „Zivilgesellschaft“ und „Nachhaltigkeit“ gestellt. Was also war*

*das Verhältnis des Instituts für Städtebau und Architektur (ISA) von der Bauakademie zu der Neugründung des IRS? Was war der zentrale Veränderungsgesichtspunkt dabei?*

**D. K.**

Die Gründung war anfangs in hohem Maße bestimmt durch die Beurteilung, die Evaluation des ISA. Dort hatte im Auftrag des Wissenschaftsrats eine umfangreiche Evaluation unter Leitung von Prof. Zlonicky stattgefunden und es wurde ein für das IRS erheblicher Teil des Personals rekrutiert aus diesem damaligen Institut der Bauakademie. Gleichwohl war von Anfang an klar, auch schon durch die Satzung des IRS, dass es nicht mehr darum gehen würde, die planerischen Aufgaben, wie sie das ISA im Rahmen der Bauakademie erfüllt hatte, fortzuführen. Das neue Institut sollte von Anfang an eine eigenständige wissenschaftliche Expertise hervorbringen, also nicht abhängig sein von Politik. Zweitens sollte es von Anfang an eine regionalwissenschaftliche Ausrichtung erhalten, was übrigens einem Teil unseres Personals aus der Bauakademie Erhebliches abverlangt hat an theoretischer und methodologischer Umorientierung. Also, ich denke, beides war zentral für die ersten drei Jahre etwa: Das, was aus der Bauakademie noch vorhanden war, zu integrieren in das neu gebildete Institut und zum anderen eben eine Öffnung zu erreichen im Hinblick auf regionale Fragestellungen und regionalwissenschaftliche Analysen.

**U. M.**

*Dieser größere Freiheitsgrad gegenüber der Politik und gegenüber politisch geplanter Raumentwicklung: Steckte dahinter auch die Konzeption der Blaue-Liste-Institute mit ihren zwei Polen Anwendungsbezug und Grundlagenforschung oder war das ein Gesichtspunkt, der eher im Evaluationsprozess eine zentrale Rolle spielte?*

**D. K.**

Das Selbstverständnis oder die Ausrichtung der Blaue-Liste-Einrichtungen gibt in der Hinsicht, meine ich, nicht viel her. Ich empfand das, was man daraus für die eigene forschungsstrategische Ausrichtung ableiten kann, immer als unklar und diffus. Es hat sich dann im Hinblick auf die bevorstehenden Evaluierungen gezeigt, dass es notwendig war, eigenständige Wissenschaftskriterien zu entwickeln, Forschungsmaßstäbe, unabhängig von der politisch-praktischen Orientierung. Und die musste das IRS sich erarbeiten. Das ist ein Teil des Prozesses zur Evaluationsvorbereitung gewesen und dabei habe ich mich immer bemüht, etwa ab 1994, eine Öffnung der forschungsstrategischen Ausrichtung des IRS zu erzielen. Wir sollten uns eben nicht daran ausrichten, wie es traditionell in der Raumforschung der Bundesrepublik der Fall war, nämlich vornehmlich als Lieferant für die Raumplanung zu forschen. Das empfand ich immer als zu eng, obwohl ich weiß, dass eine ganze Reihe von wichtigen Gründungspersonlichkeiten genau dieses mit im Blick hatten. Es wurde argumentiert: Jetzt entstehen neue Aufgaben der räumlichen Planung in dem Prozess der Wiedervereinigung und des Umbaus der Städte und Regionen und genau dafür brauchen wir ein solches Institut. Aber das war mir eben immer einen Schritt zu kurz gegriffen und ich hätte dem IRS keine gute Prognose gestellt, wenn wir uns zu eng auf diese Erwartungshaltung eingelassen hätten, also eben nur Daten beschafft und Studien betrieben hätten im Hinblick auf die planerische Umsetzung. So habe ich mit Beginn der ersten Evaluation versucht, unser Feld zu öffnen unter dem Begriff „raumwissenschaftliche Forschung“ und breitere Kriterien zu entwi-

ckeln, die eben auch eine Anschlussfähigkeit an die internationalen Entwicklungen in diesem Wissenschaftsfeld ermöglicht haben.

**U. M.**

*Kann man denn sagen, dass diese neue Funktion, diese neue Aufgabe einen berufsbio-  
grafischen und lebensgeschichtlichen Wendepunkt für Sie darstellte und wie haben Sie  
diesen Wendepunkt, falls es denn einer ist, vorbereitet, also die Zeit zwischen Bamberg  
und der IRS-Gründung? Wie haben Sie sich eingemischt in diese neuen, auch weltge-  
schichtlich neuen Herausforderungen, die dann sehr konkret in der Region Ber-  
lin/Brandenburg mit dem IRS auch zu bearbeiten waren?*

**D. K.**

Das war für mich gewiss noch einmal ein Wendepunkt in meinem Leben und auch in der beruflichen Karriere. Ich war mir dessen auch bewusst, dass das Sich-drauf-Einlassen auf die Ost-West-Thematik etwas ganz anderes mit sich bringen würde als ich es bisher gekannt habe. Ich habe es mir aber zugetraut, weil ich eben diese unterschiedlichen Kompetenzhintergründe besaß und zum anderen auch elf Jahre Erfahrungen Westberlin hatte zwischen Herbst 1970 und Frühjahr 1982 und ich dachte, ich kann gut daran anknüpfen. Die Entscheidung, von Bamberg und Wiesbaden wegzugehen nach Berlin, hatte auch private Gründe und war insofern auch in dieser Hinsicht ein Neubeginn. Das habe ich sehr bewusst auch so gewollt. Eine Vorbereitung war natürlich nur sehr begrenzt möglich, weil alles rasant ging. Ich hatte meine Fühler ausgestreckt und Anfang 1991 Kontakt aufgenommen in Brandenburg, in Potsdam, insbesondere mit dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, mit Peter Busch, und dadurch sind einige Arbeiten, vor allem ein Gutachten, entstanden. Ich bin auf diese Weise mit dem Aufbau Ost am Beispiel Brandenburgs in Berührung gekommen. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich noch gar nicht, dass es einmal ein Institut wie das IRS geben würde, denn die Gründungsentscheidungen wurden erst ein halbes Jahr, nachdem ich in Brandenburg mitgearbeitet hatte, getroffen. Und als es dann zur Stellenausschreibung für den künftigen Direktor kam, hatte ich den Eindruck, ich sei jetzt auch schon ein Stück weit darauf vorbereitet durch die Kontakte in Brandenburg. Zu mehr Vorbereitung gab es gar keine Gelegenheit.

**G. M.**

*Wie würden Sie heute diese Kontakte im politisch-administrativen Raum beurteilen, wenn Sie diese vergleichen mit der Stimmung Anfang der 90er Jahre? Was hat sich da verändert? Sind die Akteure zugänglicher geworden, haben sie andere Probleme? Was ist da Ihrer Meinung nach in der Zwischenzeit passiert?*

**D. K.**

Ja, da hat sich mehreres verändert. Ich denke, nimmt man zunächst die Bundesebene, da gab es eine recht klare Entschlossenheit 1991/92, bestimmte Pflöcke einzurammen und zu sagen: So und da entlang machen wir das jetzt, was in den nächsten etwa zehn Jahren an Aufbauarbeit im Osten im Politikfeld der räumlichen Entwicklung insgesamt stattfinden muss. Das war relativ kontinuierlich. Das IRS hat ja selbst in einigen dieser Bereiche seit 1991 gearbeitet, zum Teil bis heute. Diese Grundhaltung der Entschlossenheit schloss institutionell ein, das vertraute Instrumentarium der westlichen Republik auszuweiten auf die ostdeutsche Situation, allerdings auch zu berücksichtigen, dass es

dort Besonderheiten gibt, die man im Westen so nicht gekannt hat. Eine andere Einschätzung habe ich auf der Landesebene. Da kommt mir das eher wie ein Schlingerkurs vor, nicht so klar ausgerichtet und zwar von Anfang an schon. Ich erinnere mich gut an die ersten Kontakte in Brandenburg. Da gab es zunächst einmal eine große institutionelle Unsicherheit, verbunden mit der Erfahrung unglaublicher Handlungsspielräume. Man hatte vielfach den Eindruck, alle möglichen Vorschläge seien zunächst einmal willkommen, die wurden auch aufgegriffen, es gebe Geld und man könne jetzt wie in einem Laboratorium anfangen, Konzepte zu entwickeln, und das war natürlich schön. Während der ersten ein bis zwei Jahre war dies richtig ermutigend. Dann aber tauchten die ersten Schwierigkeiten auf. Die Landespolitik hat gemerkt, dass es von den Ressourcen her sehr rasch Grenzen gibt, man hat Druck zu spüren bekommen seitens des Bundes, vielleicht auch schon über die EU, das kann ich nicht so genau einschätzen, man hat eben erfahren, dass man seine eigene Vorgehensweise doch nicht erfinden kann, dass man stattdessen stark abhängig ist von der politischen Gesamtlinie. Da hat zum Beispiel die Treuhand eine ganz massive, auch restriktive Rolle gespielt und vieles verhindert. Bei allen diesen Fragen empfand ich die politische Elite in den ostdeutschen Ländern, soweit ich das beurteilen kann, als nicht sehr sattelfest. Es gab immer wieder auch ein taktisches Zurückweichen oder man hat dann einfach Ad-hoc-Programme gemacht oder sich verschiedentlich von der Landesseite her an Bundesprogrammen gar nicht beteiligen wollen, weil man sich irgendwas anderes vorgenommen hatte. Also, das war eine relativ starke Unbestimmtheit und die hat sich auch auf der wissenschaftspolitischen Schiene ausgewirkt im Hinblick auf die Stützung der Institute, die da jetzt von der Landesseite her betreut werden sollten.

**U. M.**

*Welche Rolle spielte in diesen früheren Überlegungen Minister Enderlein?*

**D. K.**

Enderlein hat anfangs in diesem fast euphorischen Sinne gefördert. Ihm verdanken wir viel, was das IRS angeht, er hat sich auch für meine Berufung in Cottbus eingesetzt. Da gilt aber dasselbe: Nach zwei, drei Jahren war dieser erste Elan verpufft, zumindest teilweise. Dann ging es schon los, dass man gemerkt hat: So, wie wir uns das vorgestellt hatten, geht es doch nicht. Und dann ist das entstanden, was ich eben mit „nicht sattelfest“ bezeichne. Es erschien mir immer wieder etwas willkürlich, wie man die Akzente gesetzt hat, und es gab keine berechenbare Zuverlässigkeit in den politischen Strategien. Ich werfe das niemandem persönlich vor, aber das widerspiegelt natürlich auch zum Teil die Ohnmacht auf der Landesebene, einen geeigneten Weg für die ostdeutschen Fragen zu entwickeln. Da ist man in Brandenburg nicht sehr weit gekommen.

**G. M.**

*Ich kann mich erinnern, wie wir im Herbst 1992 an einer Veranstaltung teilnahmen, die von Hinrich Enderlein moderiert wurde, und Sie sagten, Sie sähen das eher skeptisch, wenn man mit der Etablierung von Fachhochschulen oder Universitäten die Hoffnung verbinde, dass dann gleichzeitig auch die wirtschaftsräumliche Entwicklung positiv beeinflusst würde. War man da zu blauäugig im Nachhinein oder ist es der spezielle Fall Brandenburg? Wie würden Sie das heute beurteilen?*

**D. K.**

Es war schon so, dass Brandenburg von Anfang an als Linie der Landespolitik sich erwartet hat, mit den Neugründungen im wissenschaftlichen Bereich auch Struktureffekte zu erzielen. Man hoffte, die strukturschwachen Regionen dadurch befördern zu können, dass man solche Einrichtungen an bestimmten Standorten untergebracht hat. Und so ist es auch zu erklären, warum die Hochschulausbildung nicht vor allem in Potsdam konzentriert wurde, sondern dass eben auch Frankfurt (Oder) und Cottbus ausgewählt wurden. So ist übrigens auch zu erklären, warum das IRS nicht im Raum Potsdam platziert wurde, was ich mir gewünscht hätte, sondern es hieß, einen Standort zu finden, der ebenfalls gewisse strukturpolitische Wirkungen hervorbringen sollte. Und das fand ich nun in der Tat etwas überzogen, weil eine Einrichtung wie das IRS mit seinen 50 Stellen keine strukturpolitischen Effekte erzielen kann. Bei den Hochschulen ist es schon etwas anderes, das sind große Einrichtungen und sie binden Personal und erzeugen auch eine gewisse Ausstrahlung und Anziehungskraft. Bei ihnen kann man sich auch vorstellen, dass sich um sie herum andere Einrichtungen gruppieren. Das alles konnte das IRS aus eigener Kraft, als einzelnes Institut in einem Ort am Stadtrand von Berlin, nicht hervorbringen. Und deswegen war ich da etwas skeptisch. Ansonsten, würde ich sagen, muss man das Gesamtkonzept durchaus anerkennen. Die Neugründungen in Brandenburg hatten im Ausbildungsbereich vor allem die Aufgabe, eine bestimmte Qualifikationsstruktur des Landes sicherzustellen. Das war eine sehr wichtige politische Entscheidung. Das Land muss selbst dazu beitragen, dass ein ausreichender Anteil eines jeden Jahrgangs auch eine adäquate Hochschulausbildung im eigenen Land erhalten kann. Das mit den Forschungsinstituten steht auf einem etwas anderen Blatt, weil bei ihnen dieses Kriterium nicht entscheidend war. Da gab es andere Gesichtspunkte, zum Beispiel, dass man eben Blaue-Liste-Institute im Land haben wollte, weil man durch den Bundesanteil finanzielle Vorteile erzielen konnte.

**U. M.**

*Diese Verteilungsphilosophie, die Sie eben charakterisiert haben, wenn man sie von heute aus betrachtet, dann steckten darin ja Hoffnungen auf strukturpolitische Wirkungen, mit denen sich Wachstumsimpulse über das Land verteilen ließen. Könnte man sagen, dass diese implizite Wachstumsphilosophie nicht richtig offen gelegt worden ist, dass man da sozusagen die Wachstumsvoraussetzungen dieser Verteilungspolitik selbst übersehen hat?*

**D. K.**

Es ist schwer einzuschätzen, ob man sie übersehen hat. Ich denke, wichtige Teile der Landesregierung – und jetzt sprechen wir überwiegend von Brandenburg – haben immer die Linie vertreten, alle vorhandenen Einrichtungen in dieser Richtung dafür zu mobilisieren, dass sie etwas beitragen sollen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Und dafür hat man natürlich sehr unterschiedliche Praktiken eingesetzt. Wenn man als Landesregierung mit dem Sparkassenverband oder mit der Industrie- und Handelskammer oder mit sonstigen Verbänden der Wirtschaft zusammenarbeitete, hat man das sicher in einer anderen Weise gemacht als mit einem Forschungsinstitut. Aber die entsprechende Erwartung war, glaube ich, eben auch mit den Forschungseinrichtungen und mit den Hochschulen verbunden, nämlich immer auch einen Wachstumseffekt für die Landesentwicklung zu erzielen. Wir sind ja auch anfangs mehrfach in dieser Richtung abgefragt worden, was denn der Beitrag des IRS in dieser Hinsicht sei. Obwohl nie-

mand so weit gegangen ist zu sagen, das wäre sozusagen unser Maßstab, an dem wir uns messen lassen müssten, denn natürlich war (fast) allen klar, dass ein Blaue-Liste-Institut zunächst einmal eine wissenschaftliche Aufgabe zu erfüllen und gute Forschung zu betreiben hat. Und dies kann eben auch zu Ergebnissen führen, die nicht irgendwelche Wachstumseffekte zum Inhalt haben, sondern andere Erkenntnisse erbringen. Das hat man zumindest seitens des Wissenschaftsministeriums gelten lassen, aber auch immer wieder betonen müssen, weil einige andere Ressorts diese Ausrichtung ignoriert haben.

**G. M.**

*Die Wachstumsidee steckte ja anfangs auch in dem planerischen Konzept der Dezentralen Konzentration.*

*Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür, dass das Leitprinzip der Dezentralen Konzentration mittlerweile in Frage gestellt wird? Ist das eine Entwicklung, wie sie überall in metropolitanen Regionen stattfindet oder ist das ein spezieller Fall in der Hauptstadtregion Berlin/Brandenburg, wo Politik und Verwaltung nicht mit der Situation fertig geworden sind?*

**D. K.**

Das Konzept der Dezentralen Konzentration entscheidet sich ausschließlich danach, ob es entsprechende Entwicklungspotenziale gibt. Wenn feststellbar ist, dass die Menschen eher abwandern und wenn feststellbar ist, dass man kaum Ressourcen hat, um dort in den einzelnen dezentralen Räumen entsprechende Infrastrukturinvestitionen zu tätigen, dann kann natürlich ein solches Konzept im Grunde genommen nicht greifen. Und das ist die Debatte, die dann nach einigen Jahren mit Recht aufgekommen ist: Hat es einen Sinn, ein solches Konzept zu verteidigen, wenn wir doch nicht die Möglichkeit haben, es umzusetzen. Ich bin auch der Meinung, dass man sich nicht versteifen sollte. Das Konzept darf nie als etwas Starres, mit einer Geltungskraft auf Jahrzehnte hin, verstanden werden. Das halte ich für falsch! Solche Konzepte sind Anstöße, sind Orientierungsmittel, vielleicht befristet auch Grundlage für verteilungspolitische Entscheidungen, aber sie müssen auch korrigiert werden. Wenn sich die Voraussetzungen nicht erfüllen lassen, dann muss man sie flexibilisieren, modifizieren oder ersetzen durch andere Konzepte und in dieser Debatte befinden wir uns ja derzeit noch.

**U. M.**

*Manchmal scheint es mir, dass der Erfolg des Konzepts der Dezentralen Konzentration sich auf landespolitischer Ebene durch Parallelen zur DDR-Territorialplanung miterklären lässt. Damals sind ebenfalls gegen Marktlogiken zunächst einmal Wachstumskerne oder Industriekerne wie Eisenhüttenstadt und die ganzen monoindustriellen Kerne von Schwedt im Norden bis Guben im Süden etwa in den Räumen von Oder und Neiße platziert worden. Von diesen Räumen konnte man auch zunächst einmal nicht vermuten, dass es ideale Standorte sind. Leuchtet Ihnen ein, dass es diese frühe DDR-Form von Dezentralisierung der Wachstumskerne unter Industrialismusbedingungen möglicherweise ein mitstützender Grund für den landespolitischen Erfolg dieses Konzepts war?*

**D. K.**

Ich sehe da schon einen ideologischen oder mentalen Zusammenhang. Natürlich bestand zur DDR-Zeit gar keine Möglichkeit, gewisse Marktlogiken zu berücksichtigen, deren Berücksichtigung war in diesem Wirtschaftssystem nicht vorgesehen. Es war klar, dass dies politische Standortentscheidungen waren. Diese Grundhaltung hat auch nach 1989 noch durchgewirkt und führte zu einer ziemlichen Überschätzung von Planung. Sie sollte das Instrument sein, auch die strukturschwachen Räume zu fördern. Ich denke, politisch ist das ganz einfach zu erklären. Der Landtag ist in hohem Maße zusammengesetzt aus Abgeordneten, die aus diesen etwas schwächer besiedelten Räumen kommen, und da wollte die Regierung auch eine Loyalität aufbauen für die Landespolitik, indem gesagt wurde: Eure Räume werden alle entsprechend gefördert. Zudem gab es Anzeichen für eine Überschätzung der Steuerbarkeit komplexer Prozesse: Wenn wir den politischen Willen haben, dann wird das auch so laufen. Und genau das ist nicht eingetreten.

**U. M.**

*Und das steckt auch in der Stolpeschen Großprojektpolitik!*

**D. K.**

Richtig! Lange Zeit dominierte noch ein tief verwurzelter Glaube an den eigenen politischen Willen, an die Steuerungsfähigkeit der Landespolitik. Es war dann die schmerzliche Erfahrung, dass inzwischen andere Logiken der Entwicklung greifen, die dem zuwiderlaufen.

**G. M.**

*Nochmals, Herr Keim, zum Stichwort Demografie. Das ist nachweisbar etwas, was die meisten Akteure und Entscheidungsträger auf der planerischen und auf der politischen Ebene vorher nicht gesehen haben. Wann ist Ihrer Meinung der Bewusstseinswandel eingetreten, dass wir mit demografischen Problemen möglichst unverzüglich gerade in den ländlichen Räumen umgehen mussten?*

**D. K.**

Das kann man ziemlich genau datieren, das war meiner Meinung nach 1997. Bis dahin hatte die öffentliche Debatte über Bevölkerungsentwicklungen und über strukturpolitische Entwicklungen einfach das Bild weiterbefördert, man werde zumindest den bisherigen Stand an Bevölkerung und an Wirtschaftskraft halten können, man könne diesen vielleicht sogar weiter ausbauen, also mit Wachstumskonzepten arbeiten. Ab 1997 war klar, dass es da Einbrüche gibt und für die öffentliche Aufmerksamkeit ganz entscheidend war die Expertenkommission des Bundes zur Leerstandsproblematik. Da hatte ja Herr Rietdorf vom IRS auch teilgenommen. Zum ersten Mal wurde schonungslos ein Datenmaterial ausgearbeitet, das die seitherigen Vorstellungen radikal als fragwürdig hingestellt hat, denn da kam innerhalb von wenigen Monaten diese geschätzte eine Million leerstehender Wohnungen zum Vorschein. Man hat natürlich vorher Vermutungen gehabt, seitens der Wohnungsbaugesellschaften zum Beispiel, aber man wollte die Daten lange nicht preisgeben.

**U. M.**

*Es gab aber kurz vorher noch IRS-Publikationen unter dem schönen Titel „Weiter leben in der Platte?“.*

**D. K.**

Die gab es. Der Titel hieß übrigens „Weiter wohnen in der Platte“, aber nehmen wir mal an, dass es da eine Schnittmenge gibt zwischen Wohnen und Leben.

**G. M.**

*Spitze Zungen sprachen damals auch von „Weiter plätten in der Wohnung“. Lassen wir das jetzt ...*

**D. K.**

Ja, auch im IRS sind im Zuge der vielen Begleitforschungsprogramme mit der Umwandlung der Großwohnsiedlungen Auffassungen entwickelt worden, die eigentlich diesen Typ von Siedlungen retten wollten und man hat sich darauf gestützt, dass die Bevölkerung zur DDR-Zeit es als Privileg empfunden hat, in solchen Siedlungen eine Wohnung zu bekommen. Das war immer die Legitimation: Die Menschen leben ja gerne in diesen Plattensiedlungen, also lasst uns doch etwas Vernünftiges damit machen. Das war natürlich auch für einige in unserem Institut eine ziemlich schmerzliche Ernüchterung, der man sich dann stellen musste und die Frage ist berechtigt, ob wir als Forschungsinstitut die Prämissen vielleicht ein, zwei Jahre früher schon hätten problematisieren sollen. Es wäre nicht einfach gewesen, die Datenbasis dafür zu schaffen. Das wären eher spekulative Aussagen geworden und man scheut sich natürlich zu Recht davor, mit diesen zu argumentieren.

**G. M.**

*Aber wenn Sie das gerade auch erzählen, wie die Experten diese Datenbasis sozusagen ans Licht befördert haben und man auf einmal gesehen hat, wir haben ja gar nicht mehr diese Voraussetzungen, von denen wir immer ausgegangen sind: Da kann man leicht auf den Gedanken kommen, das IRS habe mit seinem Auftrag auch so etwas wie eine seismografische Funktion, das heißt also Politikberatung in dem Sinne, dass man Themen, die die Stadt- und Regionalentwicklung bewegen, einige Jahre vor den politischen Debatten aufdeckt. Sehen Sie diese seismografische Funktion oder dieses Frühwarnsystem, wie Sie das vor einigen Jahren schon genannt haben, jetzt nach diesen zwölf Jahren IRS unter Ihrer Leitung auch in anderen Punkten bestätigt?*

**D. K.**

Zunächst einmal finde ich es richtig, dass Forschungsinstitute, die einen gewissen Anwendungsbezug auf ihre Fahnen geschrieben haben, sich durchaus auch so verstehen – auch, nicht nur, aber auch so verstehen –, dass sie zu bestimmten gesellschaftlichen Veränderungsprozessen eine Art Frühwarnfunktion wahrnehmen. Das finde ich legitim, es setzt aber voraus, dass man in bestimmten ausgewählten Problembereichen ein Instrumentarium zur Verfügung hat, das frühzeitig auch Informationen liefern kann. Und das ist der Schwachpunkt. Das IRS hat kein funktionierendes Datensystem auf Grund eigener Erhebungen, etwa wie die Wirtschaftsinstitute in der Leibniz-Gemeinschaft, um flächendeckend Aussagen über gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu machen. Das wäre auch für uns ein bisschen zu hoch gegriffen, eine solche Datenbasis zu entwickeln.

Wir haben natürlich die Möglichkeit, auf die Daten anderer Einrichtungen zurückzugreifen, aber das gibt häufig nicht genug her, um diese Frühwarnfunktion dann auch rechtzeitig wahrzunehmen. Ich will das schon noch einmal sagen: Ich finde es legitim und durchaus wichtig, dass wir in einigen der Problemfelder diese Aufgabe wahrnehmen. Die Frage wäre zum Beispiel für die nächsten Jahre am IRS, welche Beobachtungseinheiten sollten das sein, um frühzeitig dazu dann Aussagen machen zu können? Was wir am IRS erreicht haben, ist für mich im Moment noch recht sporadisch. Es gibt allerdings zu bestimmten Fragestellungen dennoch die Möglichkeit, Aussagen zu treffen, die so im öffentlichen und politischen Raum noch nicht verhandelt werden, wo wir aber Stichwortgeber sein können. Das sehe ich. Das ist auch eine wichtige Sache. Aber das ist eben noch nicht die Frühwarnfunktion in dem Sinne, dass die Aussagen materialfest abgesichert wären. Es ist mehr die kommunikative Ebene der Definitionsmacht, die ein Institut, je mehr es anerkannt wird, desto mehr ausüben kann, also Stichwortgeber sein kann.

**G. M.**

*Stichwort Definitionsmacht. In der Anfangsphase des IRS sorgte etwa der Begriff der regionalen Identität, der von Ulf Matthiesen in das Institut eingebracht worden ist, al-lenthalben für Gelächter im politischen Raum. Heute ist das anders. Wenn sie heute in das Land Brandenburg gehen, dann ist dieser weiche Terminus selbstverständlich geworden bei Landräten, bei Kommunalpolitikern. Sehen Sie die Funktion des IRS weiterhin als Stichwortgeber im Sinne eines Cultural Turns oder sollen wir jetzt mehr in Richtung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute mit harten Fakten unsere Zukunft bestreiten? Oder ist es eine Mischung von beidem?*

**D. K.**

Ich stimme dem zu, es ist am IRS wirklich gelungen, in einer ganzen Reihe von Bereichen die Funktion des Stichwortgebers zu entwickeln und wahrzunehmen und auch mit diesen Benennungen im öffentlichen Raum mehr wahrgenommen zu werden als noch vor sieben, acht Jahren. Das ist ein Teil der Erfolgsgeschichte und man soll dies auch in der Wirkung nicht unterschätzen. Allein, dass gesagt wird, die und die Begriffe sind durch dieses Institut befördert und man kann damit etwas verbinden, was offensichtlich bedeutsam ist, allein das hat schon nicht messbare, aber doch im politischen Alltag kommunikativ erhebliche Wirkung. Ich würde mir trotzdem dazu wünschen, dass es ein gewisses Beobachtungssystem, wir hatten ja mal den Begriff „regional monitoring“ entwickelt, geben könnte, vielleicht als Mischung aus der Sekundäranalyse bereits auf andere Weise generierter Daten und zum Teil dann selbstproduzierter Daten am IRS, um dann zu bestimmten ausgewählten Themen anhand fest abgesicherter Daten Aussagen treffen zu können.

**G. M.**

*So, wie das etwa in der Abteilung 4 „Regenerierung schrumpfender Städte“ passiert?*

**D. K.**

Da wird jetzt in dieser Richtung zum Thema „Stadtumbau“ einiges aufgebaut mit Unterstützung des Bundesministeriums, wahrscheinlich braucht man dafür auch tatsächlich zusätzliche Mittel.

## **U. M.**

*Es hat sich ja am IRS durchaus im Unterschied zu anderen raumwissenschaftlichen Instituten seit zehn Jahren eine qualitative Raumforschung profiliert. Einer der Gründe für diese Profilbildung war, dass gerade auch qualitative Verfahren sehr schnell neue Raumentwicklungen entdecken und insofern gewissermaßen seismographische Frühwarnfunktionen übernehmen können. Mit ihren detaillierenden Verfahren kann die qualitative Raumforschung ohne Zeitverzug direkt in problematische Räume und Entwicklungen reingehen und kommt sehr schnell auch zu brisanten Daten, aus denen man durchaus so etwas wie Frühwarnsignale entnehmen kann. Allerdings ist das natürlich nicht flächendeckend und repräsentativ, zeigt also nicht, wie solch kritische Strukturen verteilt sind. Schon vor den Wahlen 1995 haben wir beispielsweise mit qualitativen Verfahren zeigen können, dass die Fusion vermutlich scheitern wird, weil die Ost-West-Mentalitäten sich ganz anders entwickeln, als es etwa in „Nachholende-Moderne“-Konzepten prognostiziert wurde und wird. Wir haben auch früh auf Brain-Drain-Dynamiken hingewiesen usw. Eine ganze Reihe von Feldern haben wir in dieser Weise früher als andere in ihrer kritischen Valenz diagnostiziert. Ihr richtiges Signal, lieber Herr Keim, dass wir ähnlich wie die Wirtschaftsinstitute die quantitative Forschung in diesem Bereich stärken und weiter profilieren müssen, lässt diese qualitative Form der „Prognostik“ ein wenig im Halbschatten. Wenn ich hier eine biografische Deutung anbieten darf: Vermutlich zeigen sich hier frühe biografische Prägungen aus der Mannheimer Zeit. Vielleicht können wir das Prognosethema etwas erweitern, indem Sie noch einmal ganz kurz zu dieser qualitativen Art von Frühwarnforschung Stellung nehmen und dann auch diese für Sie biografisch sehr wichtige, gleichfalls einen Wendepunkt markierende Zeit kommentieren, als der gehobene Verwaltungsdienst für Sie beendet war und Sie sich nach einem externen Abitur entschlossen, in Mannheim ins Studium hinein zu gehen.*

## **D. K.**

Das ist natürlich nicht so einfach, eine Brücke zu schlagen zwischen dem Stichwort Frühwarnsystem und dem späten Entschluss, ein Studium im Bereich Sozialwissenschaften zu beginnen. Aber vielleicht gab es ja in der Tat in meiner damaligen beruflichen Praxis auf dem Rathaus einer Kleinstadt in Süddeutschland auch so eine Art Frühwarnsystem, das mich dazu gebracht hat, den Rahmen zu ändern und ins offene Feld des Studiums zu wechseln. Ich will aber nochmals zum IRS sagen, dass ich die Richtung von Anfang an mitgetragen habe, auch mit qualitativen Methoden an bestimmte Fragestellungen in unserem Forschungsfeld heranzugehen. Es war in der Anfangszeit gar nicht so einfach, diese methodologische Richtung auch in den Gremien hoffähig zu machen und auf Akzeptanz zu stoßen. Aber wir haben das gemeinsam mit einer gewissen Hartnäckigkeit betrieben und die Erfolge geben Ihnen und mir ja auch Recht. Für mich ist einfach der Begriff Frühwarnsystem schon besetzt im Hinblick auf quantitativ belegbare Aussagen, die relativ flächendeckende Sachverhalte betreffen. Man könnte aber mit gutem Grund sagen, wir sind auch in der Lage, mit einem etwas geringeren methodischen Aufwand, mit qualitativen Methoden, Sachverhalte frühzeitig zu benennen, die so öffentlich noch nicht wahrgenommen werden. Ich selber würde dazu eigentlich lieber ein anderes Wort benutzen als Frühwarnsystem. Das ist aber eine Frage der Sprachregelung. Es ist ein frühzeitiges Benennen von Problemsachverhalten oder von neuen Raumgestalten, was auch immer man dann in den Blick nimmt: Auf jeden Fall wird etwas generiert, eine andere Betrachtung oder auch eine andere Defini-

tion von Sachverhalten, die so in der öffentlichen Wahrnehmung nicht vorhanden ist. Und das ist eine Funktion, die für das IRS, denke ich, sehr wichtig geworden ist und die uns auch unterscheidet von den Arbeiten der anderen raumwissenschaftlichen Einrichtungen.

**G. M.**

*Sie sagen, den Begriff Frühwarnsystem finden Sie nicht passend. Haben Sie alternative Vorschläge für einen zukunftsweisenden Schlüsselbegriff?*

**D. K.**

Das kann ich jetzt spontan eigentlich nicht befriedigend sagen. Ich hatte ja vorher schon von der Funktion des IRS als Stichwortgeber gesprochen. Auf der einen Seite geht es um Sichtenerweiterung, um das Überschreiten der vertrauten Kontexte. Aber das deckt es nicht alleine ab, sondern es ist auch ein Entdecken von neu entstehenden sozialräumlichen Figuren und von latenten Konflikten oder Defiziten. Man müsste vielleicht einmal in der nächsten Zeit im IRS darüber eine Diskussion führen. Jetzt nochmals zu diesem dezenten Hinweis auf mein Studium. Das ist in der Tat so. Natürlich bringt jede Entscheidung für einen Hochschulstandort auch eine gewisse Schwerpunktsetzung dessen, was dort gelehrt wird. Ich habe eine relativ stark fundierte Ausrichtung in Mannheim erlebt, was die empirische Sozialforschung angeht, und das waren auch, denke ich, überwiegend quantitative Methoden, aber nicht nur. Was qualitative Interviews sind oder qualitative Inhaltsanalysen, zum Beispiel, war schon Gegenstand auch dieser Forschungsmethoden.

**U. M.**

*Sie selbst haben ja in Ihrer Dissertation explizit an diese Forschungsqualifikation angeschlossen.*

**D. K.**

Richtig! Ich war mir dessen bewusst, dass diese methodologische Richtung von Mannheim eben nur eine ist und man weitere hinzufügen oder da auch die Akzente verschieben könnte. Ich denke, man sollte sich eigentlich darauf verständigen, dass die Auswahl der Methoden von der Fragestellung abhängt und dass man nicht so sehr die verschiedenen Schulen vertritt, die es da gibt. Das IRS tut gut daran, wenn es immer wieder anknüpft an die Fragestellung und an die Problemdefinition. Und dann erst sagt: Dafür sind die und die theoretischen Bezüge und methodologischen Entscheidungen besonders geeignet.

**U. M.**

*Das muss in der Tat ein weiterer zentraler Wendepunkt in Ihrem Leben gewesen sein. Können Sie vielleicht noch einmal den Ausstieg aus dem gehobenen Verwaltungsdienst, den Sie immerhin vom 16. bis zu Ihrem 27. Lebensjahr intensiv verfolgt haben, beschreiben? Was hat Sie getrieben? Was genau waren die Motive, die Sie veranlassen haben, da eine radikale Wende in Ihrer Lebensgeschichte zu versuchen, immerhin im Alter von siebenundzwanzig?*

#### **D. K.**

Wie so oft, gibt es natürlich mehrere Gründe, die zusammenspielen und wenn sie zeitlich kumulieren, dann gibt es plötzlich den berühmten Kick. Und so ist es bei mir wohl auch gewesen. Ich hatte mich in den ersten Jahren wohlgeföhlt mit meiner Arbeit und habe dann mehr und mehr den Eindruck gewonnen, nach so drei, vier Jahren, dass mich das nicht ganz befriedigt und ausfüllt, was ich an Routinetätigkeit auf dem Rathaus zu machen hatte. Das betraf auch ein paar Schlüsselerlebnisse, die mich dazu gebracht haben, dass ich dachte, eigentlich sollte ich noch ein zusätzliches Wissen besitzen, das über das der Verwaltungsausbildung hinausgeht, um mit bestimmten Situationen besser umgehen zu können, mit denen ich konfrontiert war. Ich hatte zum Beispiel die Aufgabe, mit Hilfe des Gerichtsvollziehers oder des polizeilichen Vollzugsdienstes dafür zu sorgen, dass Menschen auf Grund eines privaten Räumungstitels „exmittiert“, das heißt mit Zwangsmitteln aus ihrer Wohnung vertrieben wurden. Ich musste dann als so genannte Ortspolizeibehörde die obdachlosen Familien in eine städtische Obdachlosenunterkunft einweisen. Da gab es natürlich dramatische Situationen, weil diese Familien das zum Teil nicht verkraftet haben. Solche Ereignisse haben mich sehr beschäftigt, weil ich den Eindruck hatte: Das kann nicht richtig sein, wie wir das machen, irgendetwas stimmt da nicht, aber ich hätte es nicht analysieren können. Ich war einfach derjenige, der das zu vollziehen hatte. Eine andere Sache war genauso schwierig. Ich hatte auch mit den Sozialamtsaufgaben zu tun. Auch da gab es Problemfälle, zum Teil dramatisch, und in einem Fall ist es passiert, dass sich jemand, der Sozialhilfeempfänger war, umgebracht hat. Es gab Vorgänge im Rathaus, aus denen zu erkennen war, dass er sich um zusätzliche Hilfen bemüht hatte, von denen er dachte, er habe ein Anrecht darauf. Das wurde ihm abgelehnt. Ein älterer Mann. Ich persönlich hatte mir da gar nichts vorzuwerfen, aber allein diese Tatsache, dass man in einem Arbeitszusammenhang steht, wo so etwas passiert, hat mich sehr irritiert. Das sind solche Situationen gewesen, die mich dazu gebracht haben, an Sozialwissenschaft zu denken. Ich dachte, da kann ich mir ein Wissen aneignen, das mich dann eher in den Stand versetzt, solche Aufgaben in Zukunft adäquat zu lösen, so dass derartige Vorfälle nicht mehr passieren. Das ist natürlich ein Stück Naivität gegenüber Sozialpolitik und Sozialplanung gewesen, aber das war ein wichtiges Motiv für die Wahl des Studiums. Hinzu kam jetzt, zweitens, dass ich durch Freunde angeregt worden war, mich überhaupt dem Thema Studium zu widmen. Das lag ja seither nicht in meinem Horizont. Ich hatte mich entschlossen, im Fernkurs ein externes Abitur nachzumachen und entschloss mich dann erst kurz vor dem Ablegen des Abiturs, es für ein Studium zu nutzen.

Ich habe anfangs voll meine Berufstätigkeit weiter ausgeübt und mich im letzten Jahr erst im Umfang von etwa 20 Prozent freistellen lassen, um dann vollends die Vorbereitung für das Abitur zu ermöglichen. Ich hatte wirklich Freude am Lernen gefunden. Das ist das, was mich dann auch beflügelt hat in Richtung Studium.

#### **G. M.**

*Woher sind die Impulse gekommen zu studieren? Wo ist das passiert?*

#### **U. M.**

*Und woher kam der Impuls, Soziologie zu studieren?*

**D. K.**

Überhaupt zu studieren, war stark beeinflusst durch diese Freunde, die ich in Marbach hatte, die aus Akademikerkreisen stammten. Für die war das selbstverständlich, dass man an die Pädagogische Hochschule oder an die Universität geht. Als sie anfangen, kurz nach ihrem Abitur zu erzählen, was jetzt alles beginnt und was es da für neue Themen und Öffnungen gibt, hat mich das unheimlich angeregt. Es bildete sich bei mir eine wunderschöne neue Vorstellung heraus, an so etwas auch teil zu haben, wenn ich denn die Voraussetzungen dazu hätte.

**G. M.**

*Wo haben Sie diese Freunde getroffen? Gab es da kommunikative Arenen, wo man sich traf als man noch jung war und sich gegenseitig beeinflusst hat in dieser doch relativ überschaubaren Stadt?*

**D. K.**

Es war eine Kleinstadt und es war eine Clique. Wir waren ein Freundeskreis von vielleicht zehn Personen und wir haben uns eigentlich alle paar Tage zu irgendetwas getroffen. Wir haben Reisen zusammen gemacht, wir haben Feten zusammen gefeiert und da wurde alles ausgetauscht, jede Befindlichkeit, jeder Wunsch, jeder Traum, jede Phantasie wurde ausgetauscht. Da fühlte ich mich eingebunden, war aber der Einzige, der einen ganz handfesten Job hatte, der morgens um halb acht an seinem Schreibtisch sitzen musste. Die anderen hat es irgendwie köstlich amüsiert, dass ich da so ein treuer Staatsdiener war und so pflichtbewusst immer meine Arbeiten zu machen hatte. Sie haben mich auch ein bisschen provoziert und gesagt: „Hör mal, ist das dein Leben, hast du dir das so weiterhin vorgestellt?“ Da habe ich irgendwann gesagt: „Also, jetzt reicht’s, jetzt will eben auch ich noch einmal einen neuen Schritt tun.“ Ich wollte einfach mit dazu gehören und nicht so eine Sonderrolle beibehalten. Das lag schon an diesem Freundeskreis.

**G. M.**

*Gibt es heute noch Kontakte zu einzelnen Personen?*

**D. K.**

Es gibt noch Kontakte. Einer aus diesem Kreis ist Professor für Erziehungswissenschaft in Kassel und ein anderer ist bis heute wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ifo-Institut in München, eines unserer Leibniz-Institute, mit dem wir ja auch zu tun haben.

**G. M.**

*Spielten denn in dieser Zeit und in diesem Freundeskreis christliche Werte, die Sie ja in Ihrer frühen Jugend sehr geprägt haben, auch in Ihrer Kindheit geprägt haben, eine Rolle? Gibt es Freundschaften, die daraus entstanden sind?*

**D. K.**

Die christlichen Werte waren für mich nach wie vor auch in einer gewissen Weise Maßstab. Das müsste man natürlich jetzt etwas konkreter benennen. Ich hatte eigentlich spätestens ab Beginn des Studiums eine relativ hohe Distanz zu der normalen Art von kirchlichen Angeboten, wie Gottesdienste usw. Das war für mich nicht mehr interessant. Ich bin aber in Mannheim während des Studiums immer aktiv gewesen in der Ev.

Studentengemeinde und habe dann über die ESG auch mein politisches Mandat gewonnen, um an der Hochschulpolitik mitzuwirken. Wir haben in der Zeit in der ESG Mannheim eine hervorragende Bildungsarbeit betrieben mit sehr anspruchsvollen, nicht nur theologischen, sondern auch philosophischen Themen, mit Workshops, Wochenendfreizeiten usw. Zum Beispiel habe ich mich in der Zeit intensiv mit Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung“ beschäftigt. Solche Themen haben mich auch geprägt. Das ist über diese ESG- und Freundes-Schiene entstanden, nicht über das Studium. Es lief parallel. Immer gab es neben dem offiziellen Studieninhalt noch diesen anderen Bereich, der mich zeitlich in Anspruch genommen hat und den ich auch wollte. Er war in einem erheblichen Umfang durch die christliche Tradition geprägt. Da gibt es eben auch Erscheinungsformen, die sozusagen akademisiert sind, in Heidelberg zum Beispiel eine Forschungsstelle und Studiengemeinschaft der evangelischen Kirche in Verbindung mit der Universität. Zu ihr hatte ich auch Kontakt während des Studiums. Daraus ist übrigens dann auch ein Arbeitskreis der Evangelischen Studentengemeinden in Deutschland entstanden, an dem ich jahrelang mitgearbeitet habe, mit dem heute schwer nachvollziehbaren Thema „Gewalt als Mittel politischen Handelns“. Damals hat die Evangelische Kirche in Gestalt der Studentengemeinden die wissenschaftliche Bearbeitung dieses Themas für notwendig erachtet. Wir haben die erste Zeit nichts anderes gemacht als wissenschaftliche Rezensionen zu schreiben über Texte, die in irgendeiner Weise das Thema Gewalt behandelt haben. Ich habe das aus der Soziologie heraus gemacht mit ausgewählten Beispielen, andere waren Juristen, Philosophen, Theologen. Ein hoch interessanter Arbeitskreis. Die Ergebnisse sind nie irgendwo aufgetaucht. Das sind Beispiele, von Tätigkeiten, die mich neben dem Studium geprägt haben und, denke ich, auch Maßstab und Orientierung sind für bestimmte Auffassungen, die ich im Wissenschaftsbetrieb vertrete.

**G. M.**

*Auch heute noch?*

**D. K.**

Auch heute noch.

**G. M.**

*Auch, was das Stichwort wissenschaftliche Politikberatung angeht?*

**D. K.**

Eine Auffassung, die ich zum Beispiel aus meiner christlichen Herkunft heraus nach wie vor hoch achte, ist die Überzeugung, dass jeder einzelne Mensch ein besonders wertvolles Individuum ist, einzigartig, und dass man sich das klar machen muss. Das hat erhebliche Konsequenzen für die Art und Weise, wie man auch in unserem Arbeitsfeld mit anderen Menschen umgeht. Ich denke, das ist auch der tiefere Grund dafür, warum mich die Vorfälle, die ich vorhin genannt habe, während meiner Tätigkeit im Rathaus so bewegt haben. Ich habe immer eine starke Antenne gehabt, danach zu fragen, wie man die Individualität der einzelnen Persönlichkeit bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben achten kann. Das ist an sich ein christlicher Wert, eine christliche Überzeugung. Es ist gar nicht immer notwendig, das so zu benennen, denn diese Grundauffassung fand Eingang in bestimmten Philosophien und verfassungspolitischen Grundsätzen.

**U. M.**

*Würden Sie sagen, dass diese protestantische Tradition, aus der Sie kommen, damit ja auch die so genannten Sekundärtugenden, zum Beispiel Fleiß und Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, zusätzliches Schultern von Leistungen usw. Sie wesentlich mit geprägt hat? Dieser biografische Wendepunkt ist ja doch dadurch charakterisiert, dass Sie sich zugemutet und dann zugetraut haben, enorme zusätzliche Arbeit zu schultern und das entschlossen auch auf einen Punkt, auf einen Schluss hin durchzuziehen. So auch das Studium. In bewegter politischer Zeit zwischen 1966 und 1970 haben Sie das in vier Jahren – sozusagen in Minimalstudienzeit – neben allem anderen zu Ende gebracht.*

**D. K.**

Sofern man das überhaupt selber einschätzen kann, was da in einem vorgeht: Ich denke schon, dass die pietistische Prägung, die ich in meiner Familie erfahren habe und die auch einen Teil der kirchlichen Jugendarbeit ausgemacht hat, in der ich zu Hause war, einige Tugenden in mir verwurzelt hat, die mich dann auch in der eigenen Ausrichtung und im Verhalten anleiteten. Dazu würde ich zumindest einmal rechnen „Ordnung“ als ein Prinzip, etwas übersichtlich zu machen. Das war mir immer ein großes Anliegen, etwas zu strukturieren. Und zum anderen „Pflichtgefühl“. Beides ist allerdings auch verstärkt worden durch die Art der Berufstätigkeit. Die Verwaltungstätigkeit ist geprägt durch diese beiden Momente. Sie hat sehr viel mit Ordnen und Strukturieren zu tun. Zum anderen eben auch mit Pflichtgefühl: Du musst da deinen Job machen, das ist deine Aufgabe, du musst zuverlässig sein. Das Zuverlässigsein ist ganz wichtig. Das sind Voraussetzungen gewesen, die in meinem Fall hilfreich waren, um mit relativ später Startzeit ein Studium durchziehen zu können. Ich erinnere mich gut daran, wie leicht ich mich getan habe, meine ersten Semester zu strukturieren. Genau das ist ja den anderen, die direkt von der Schule kommen, in der Regel gar nicht möglich. Ich wusste vom ersten Semester an, was ich machen wollte und habe mir zusätzlich bewusst Vorlesungen ausgesucht aus studiengangsfremden Fächern.

Ich habe viel Jura gemacht, ich habe VWL-Kurse belegt, weil mich das interessiert hat. Das war alles eine sehr genau kalkulierte Auswahl, denn ich musste es ja auch noch schaffen können. Allerdings, und das war für mich eine sehr schöne Entdeckung gewesen, bin ich dann durch die Studentenbewegung in ganz andere Werthorizonte hineingewachsen. Dort wurden genau diese vorherigen Werte, die so dominiert haben, massiv auch in Frage gestellt. Da war ich eine Zeit lang derjenige, der fast umgekippt wäre ins Gegenteil, von wegen Ordnung und Pflichtgefühl. Da waren natürlich andere Parolen maßgebend und ich habe sie dann auch übernommen. Das war klar. Das spießbürgerliche Element an diesen Tugenden wurde von mir attackiert.

**G. M.**

*Gab es in dieser Studentenbewegungszeit außerhalb der Universität Lehrer, die für Sie wichtig waren, die Karl-Dieter Keim politisiert haben, was ja nicht unbedingt alles an der Universität passiert sein muss? Welche Vorbilder waren das? Können Sie einige Weggefährten nennen, die eine Vaterfigur für Sie waren?*

**D. K.**

Es ist für mich schwer, das mit einigen wenigen Namen zu verbinden. Zum einen gab es diese Richtung, die ich schon erwähnt habe, mit den Aktivitäten in der Studentengemeinde und mit einem sehr intensiven Arbeitskreis über Ernst Bloch. Ich hatte mich

schon länger mit Blochscher Philosophie beschäftigt. Das hat mich mitgeprägt. Mich hat es auch fasziniert. Er war ja überzeugter Atheist. Dass ein Atheist eine Philosophie vorlegen konnte, mit der jemand, der christlich geprägt ist, so viel anfangen kann, hat mich neugierig werden lassen.

**U. M.**

*Das jüdische Denken spielt bei ihm ja auch eine große Rolle.*

**D. K.**

Das Verheißungsdenken, die Eschatologie, ist jüdischen Ursprungs, das hat er auch nie bestritten, dass ihn diese Grundhaltung auch beflügelt und trägt. Er war auch in engem Kontakt mit Martin Buber zum Beispiel.

**U. M.**

*Warum sind Sie nicht nach Marburg gegangen, wo das alles viel näher zusammen wäre?*

**D. K.**

Gute Frage. Das kann ich konkret beantworten. Ohne es im Nachhinein zu bedauern, aber es hätte eben auch anders verlaufen können. Wer weiß, was dann passiert wäre. Es gab, als ich das Externen-Abitur machte, einen Freund aus meiner Jugendzeit in Nürtingen. Wir haben gemeinsam das Abitur abgelegt – und dann haben wir über die Studiumsentscheidung gesprochen. Er erzählte von einem weitläufigen Verwandten, der einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz habe. Das war Waldemar Besson. Er ist wahrscheinlich heutzutage nur noch den Älteren ein Begriff. Ein damals sehr anerkannter und sehr agiler junger Politologe. Mit ihm haben wir uns einmal getroffen. Ich habe ihm erzählt, ich möchte gerne ein Studium machen, in dem es um soziale Fragen geht (auf Grund der Erfahrungen in der Verwaltung). Er hat gesagt: „Dann sage ich Soziologie als Nummer eins, es sei denn, Sie möchten Sozialarbeit machen.“ Das wollte ich nicht machen. Ich wollte ein vollwertiges Studium wählen, also Soziologie mit dazu passenden Ergänzungsfächern. Dann hat er mir gesagt, und das war dann die Standortentscheidung: „Zurzeit empfehle ich Ihnen in Baden-Württemberg Mannheim.“ Das hätte er in der Tat auch anders ausdrücken können oder ich hätte noch jemand anderen zu Rate ziehen können, dann wäre vielleicht auch mal der Name Marburg gefallen. Das war auf jeden Fall außerhalb meiner Reichweite, ich wusste nichts von der Universität Marburg, geschweige denn von einzelnen Professoren dort. So ist das entstanden. Das war eine ganz konkrete Empfehlung dieses Mannes, der leider einige Jahre später jung gestorben ist.

**U. M.**

*Darf ich noch eine Frage anhängen? Wir haben vorhin die Themen Pietismus, Selbstdisziplin, Zuverlässigkeit besprochen. Es gibt ja noch den anderen Keim, den hedonistischen. Sie haben ja schon skizziert, dass es in Ihrem Freundeskreis offenere oder verdeckte Spiele und Aushandlungen von existenziellen Rollen gegeben hat. Der eine ist so, der andere so, und Sie haben gleichwohl immer die jeweils andere Seite neugierig zur Kenntnis genommen. Wann haben Sie das dann so in Ihre Biografie integriert, dass man mit Gründen feststellen kann: Es und er haben beide Seiten und beide sind richtig?*

**D. K.**

Gott sei Dank gibt es beide Seiten. Ich muss aber sagen, dass das bei mir erst relativ spät zur Entfaltung gekommen ist und auch nur wenig während des Studiums. Auch da war ich eigentlich noch relativ stark geprägt durch diese andere Seite – trotz aller Politisierungen. Im hedonistischen Bereich, das Genießen können, die zivile Kultur sozusagen zu entdecken für sich selber, das hat erst nach dem Studium in Berlin stattgefunden. In der Berliner Szene, mit den dortigen Freunden, entwickelte sich so nach und nach einfach eine Freude daran, gemeinsam zu kochen oder Weine zu entdecken und sich mit Weinkultur zu beschäftigen. Ganz allmählich ist das entstanden, meine Wohnsituation in Westberlin hatte dabei eine Rolle gespielt. Wir waren in der Regel drei, manchmal vier Personen in einer Wohngemeinschaft in der Flensburger Straße und haben einen gewissen Anspruch entwickelt: Sonntags kocht immer einer für alle. Manchmal waren auch noch Freunde dabei, wir hatten dann manchmal Tafelrunden mit sechs, sieben, acht Personen. Daraus entstand dann ein gewisser Ehrgeiz, etwas Schönes zu kochen. Irgendwann habe ich gemerkt, dass ich Spaß daran habe, gut zu kochen, einen schönen Wein zu trinken und auch meine Reisen in diese Richtung auszuwählen und nicht mehr nach anderen vordergründigen Gesichtspunkten. Und irgendwann wurde daraus für mich ein Element meines eigenen Lebensstils.

**G. M.**

*Gibt es regionale Vorlieben in Sachen kulinarischer Lebensführung?*

**D. K.**

Die gibt es. Mit Abstand die Nummer eins ist bei mir Italien, italienische Küche, und zwar mit möglichst vielen Regionen, die sehr unterschiedlich sind. Jetzt zögere ich schon. Natürlich auch französische Küche und dann auch die mexikanische Esskultur, das mag ich auch sehr gerne. Griechenland, Türkei, Spanien, auch die asiatischen Küchen zum Beispiel, laufen eher unter „ferner liefern“, das heißt, man lernt sie in einer gewissen Weise kennen, es hängt aber kein Herz dran. Also mit großem Abstand italienische Küche in aller Vielfalt. Das gilt übrigens auch für die Weine.

Ihre Frage von vorhin, Herr Mahnken, habe ich noch nicht so gut beantworten können. Sie fragten, ob es da noch andere Figuren gegeben habe während des Studiums, die mich als Weggefährten begleiteten. Natürlich gab es zwei, drei der Professoren während des Studiums, aber auf dem Kampffeld der Politisierung hat die Person Rudi Dutschke mich sehr beeindruckt. Ohne dass ich jeden Satz von ihm unterschreiben wollte, ohne dass ich mich wirklich radikalieren wollte. Ich bin nie Mitglied im SDS gewesen, ich war immer in der ESG und habe über die ESG auch in der „Evangelischen Akademikerschaft“ mitgearbeitet, die bundesweit organisiert ist. Dieser Verband war in dieser Zeit sehr aktiv. Einer der Wortführer seinerzeit war der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon, der jetzt seit etwa zehn Jahren im Ruhestand ist. Dann hatte ich mehrfach mit Heinrich Albertz zu tun, der in diesem Kreis sehr zu Hause und aktiv war, als er kein politisches Amt mehr inne hatte. Dann ein Ehepaar Just in Mannheim, zwei Juristen, sehr eindrucksvolle Persönlichkeiten, dann der Theologieprofessor Engelhardt, der später evangelischer Landesbischof in Baden wurde. So gab es fünf oder sechs Personen, mit denen ich auch Kontakt hatte und die mich beeinflusst haben. Hinzu kommen natürlich noch die eigenen persönlichen Vorlieben, die man eben auch hat. Max Frisch war für mich zum Beispiel ein Autor, der mich schon während des Studiums begleitet hat.

Ich weiß noch, wie mich sein „Homo Faber“ beeindruckt hat. Gerade auch im Zusammenhang mit dem Studium: Ist diese Ingenieur- und Technikrichtung bedeutsam oder will man mehr reflexiv und analytisch arbeiten? Von seinen Büchern und von Max Frisch habe ich eine Menge gelernt.

**G. M.**

*Vielleicht finden wir noch Gelegenheit, seinen Lieblingsspazierweg zu gehen. Er hatte ja wohl einen hier in Sils Maria.*

**D. K.**

Max Frisch hatte sich zwar spät entschieden, ein Haus im Tessin zu kaufen, aber in der Zeit davor und auch noch danach war er dutzende Male in Sils Maria und hat hier in Baselgia gewohnt und immer gerne seinen Spaziergang gemacht in das kleine Dorf Isola. Das hat er sehr geliebt. Dort konnte er immer einkehren, hat Bergkäse gegessen und Rotwein getrunken. Oder dann dieser andere Weg zum Fexstal, den hat er öfters gemacht. Er war hier gerne zu Hause im Engadin.

**U. M.**

*Vielleicht sollten wir noch einmal auf die erste Berufsetappe nach dem Studium eingehen: Difu. Ich denke, das ist für die Entwicklung eine wichtige Phase gewesen, die zudem erfolgreich abgeschlossen worden ist mit einer schnellen Folge von Prüfungen. Innerhalb von drei Jahren haben Sie die Promotion und die Habilitation hinter sich gebracht, so dass Sie dann mit 43 die Altersvorteile der anderen Habilitierten wett gemacht hatten.*

**D. K.**

Das ist wahr. Wobei dieses Letztere auch in der Tat noch einmal beweist, dass ich offensichtlich in der Lage war, wenn ich mir etwas in den Kopf gesetzt hatte, dieses unter Aufbietung erheblicher Mühen durchzuziehen. Das mit der Habilitation war eine Kärnerarbeit, weil ich in der Zeit noch voll im Difu gearbeitet habe. Übrigens auch während der Promotionsphase. Ich habe die Dissertation neben dem vollen Job am Institut geschrieben, ich hatte keine Doktorandenstelle. Das waren schon zum Teil wirklich mühsame Klimmzüge, ich habe es aber durchgezogen. Ich muss sagen, dass die Anfangsjahre in Westberlin völlig anders waren für mich. Ich bin hierher gekommen mit der festen Absicht, etwas zur gesellschaftlichen Veränderung beizutragen, was mir die Studentenbewegung an Politisierung beschert hat, jetzt umzusetzen in diesem Laboratorium Westberlin. Wir waren auch alle der Überzeugung, genug Handlungsspielräume zu haben. In der Zeit, das gerät ja inzwischen in Vergessenheit, war Westberlin auch ein Vorposten von vorausschauenden Gesellschaftsprozessen, als Modell auch für Westdeutschland. In Berlin wurden vielen Dinge entwickelt, angefangen von Wohngemeinschaften bis zu den Hausbesetzungen. Was ich mir damals an Wissen erworben hatte, fand seinen Niederschlag auch in einigen Projekten des Difu. Sehr optimistisch angelegte Ausarbeitungen zur Sozialplanung und Stadterneuerung, zur Gropiusstadt: Wir waren voll überzeugt, wenn wir auf der Basis unserer Untersuchungen Empfehlungen machen, dann werden die auch übernommen. Das war natürlich in der Realität durchaus anders, aber es waren auch Erfolge dabei und einen möchte ich nennen. Wichtig und lehrreich war das Projekt „Strategien für Kreuzberg“, das in der Zeit um 1976/77 entstanden ist. Das ist von unten her durch Initiativen aus dem Stadtteil heraus in Gang gekommen,

und zur Verwunderung vieler ließ sich der damalige Bausenator von Berlin, Ristock, darauf ein, dieses Projekt zu finanzieren und zwar nach wettbewerbsrechtlichen Bedingungen. Ich hatte damals eine Gruppe ins Leben gerufen, zum Teil aus dem Freundeskreis, aber auch einige Externe. Wir haben ein Konzept für ein Ausbildungswerk für arbeitslose Jugendliche entwickelt. Es gab einen starken Handlungs- und Anwendungsbezug, von dem ich beseelt war. Dieses Ausbildungswerk-Konzept ist dann im Rahmen des Wettbewerbs auch prämiert worden. Die Einrichtung existiert bis heute und arbeitet noch nach demselben Modell, wie wir es damals entwickelt haben. Darauf bin ich auch ein bisschen stolz, weil es ohne mich damals nicht zustande gekommen wäre. Es gab also eine klare Ausrichtung: Wir wollen jetzt etwas gesellschaftlich verändern und das macht man über solche Projekte. Anfangs hatte ich daher abgelehnt, zu promovieren. Die Studentenbewegung hat ja auch hier kulturverändernd gewirkt. Das sind doch Sachen von gestern, diese Statussymbole, das haben wir doch nicht nötig... Ich wollte viele Jahre lang nichts wissen von Dissertation. Das war für mich völlig abwegig. Irgendwann in den Jahren 1975/1976 bin ich nachdenklich geworden. Ich habe gespürt, dass meine Einschätzung so nicht mehr stimmt, und dass die Umwelt sehr genau auf die weiteren Qualifikationen achtet. Und dann habe ich überlegt: Was hast du eigentlich in den weiteren zehn Jahren vor? Ich war lange unentschlossen. Ich hätte mir lange vorstellen können, auch wiederum mit meinem Kompetenzprofil insgesamt in leitender Rolle in eine Großstadtverwaltung zu gehen. Das wollte ich mir immer offen lassen. Das Difu ist ja sehr eng mit dem Deutschen Städtetag liiert. Ich besaß Kontakte zu Mitarbeitern in vielen Städten, ich hätte mir vorstellen können, zum Beispiel als Beigeordneter für Stadtentwicklung in einer Großstadt zu arbeiten. Ich habe das lange parallel betrieben, etwa bis 1980. Ich wollte meine kommunalpolitischen Kontakte aufrechterhalten und ich wollte mich akademisch weiter qualifizieren. Irgendwann habe ich mich entschieden: Ich will doch lieber den akademischen Weg gehen und die Habilitation machen. Selbst das habe ich später nochmals überdacht. 1990 habe ich mich noch um einen Bürgermeisterposten beworben.

#### **U. M.**

*Dieser Gesellschaftsveränderungsimpuls und das starke Bedürfnis zu ordnen, zu strukturieren, wann ist beides stärker zusammengekommen? Ich spreche damit auch das eher dominante, zunehmend wissenschaftlich relevante Thema Steuerung bzw. Governance an.*

#### **D. K.**

Ja, es ist richtig beobachtet, dass es da ein Zusammenführen dieser verschiedenen Impulse gab. Das ist für mich klar entstanden in der Zeit ab 1972, also im Difu, weil das die Zeit war, in der sich planungstheoretisch viel bewegt hat und wir alle, die wir in diesem Bereich tätig waren, eine geradezu selbsttragende Planungseuphorie vertreten haben. Es gab ja damals auch beim Bundeskanzleramt extra einen Stab für gesellschaftliche Planung. Leitung: Jochimsen. Ich war überzeugt davon, man müsse in öffentlicher Verantwortung stehen, sei es als Beamter oder Mandatsträger oder eben auch als praxisorientiertes Institut wie das Difu in Kooperation mit dem Städtetag, damit die notwendigen gesellschaftlichen Verbesserungen entstehen, befördert durch Planung. Das war damals eine sehr weit verbreitete Überzeugung. Wir haben sehr viele planungstheoriebezogene Studien gemacht. Das hielt etwa an bis 1977/78. Dann ist diese Phase zu Ende gegangen, ohne dass sie für mich zu Ende gegangen ist, weil ich an Wissen aus

diesem Sektor so viel angesammelt hatte – und zwar sowohl theoretisch als auch mit Projekterfahrung –, dass ich dann genau dieses Planungswissen zum Gegenstand meiner Bewerbung an der Universität Bamberg gemacht habe. Die Professur, die ausgeschrieben worden war, bezog sich auf ein Fach „Sozialplanung“. Das war wie auf mich zugeschnitten. Dieser ganze Hintergrund, den ich mitbrachte, war als ein ergänzender Bereich, an der Universität eine Professur im Studiengang Soziologie wohlgerne, attraktiv. Bamberg hatte drei Schwerpunktfelder im Hauptstudium, mit denen man sich auf ein Praxisfeld hin als Soziologe qualifizieren konnte.

**U. M.**

*War Ulrich Beck noch da?*

**D. K.**

Ja, Ulrich Beck war da, Peter Groß war da. Der einzige, der jetzt noch da ist, ist Gerhard Schulze. Wir hatten als Studienschwerpunkte also Sozialplanung und Sozialpolitik im klassischen Sinne sowie Empirische Sozialforschung und Verwaltungswissenschaft. Da war Hans-Ulrich Derlien, ein Mayntz-Schüler, der ist auch noch da. So habe ich das Wissen, das im Difu entstanden ist und das ich später durch Umbenennung der Professur in „Urbanistik und Sozialplanung“ noch deutlicher markiert habe, angewandt in der Soziologieausbildung in Bamberg. Da war natürlich das Thema Steuerung und Planungstheorie zentral. Jetzt versuche ich, mir selber darüber klar zu werden: Wie war das dann 1991/92? Im Grunde genommen, denke ich, ohne mir da groß Rechenschaft abgelegt zu haben, war das für mich einfach schlüssig, dass es jetzt nach der Wende, erneut um Steuerungs- und Planungsaufgaben gehen würde. Die galt es mit zu organisieren. Allerdings nicht mehr nach dem Muster von 1972.

**U. M.**

*Transformation, Systemtransformation gar! Der ganze Laden musste umgestrickt werden.*

**D. K.**

Das war natürlich wesentlich anspruchsvoller und, da muss man sich nichts vormachen, wir waren alle nicht so weit, dass sich das Wissen hätte einfach abrufen lassen.

**U. M.**

*Eben, es hat doch in dieser Richtung eher Skepsis gegeben und die Transformation ganzer Gesellschaften, die plötzlich aus weltgeschichtlichen Gründen angestanden hat, die war für sozialwissenschaftliche Planungstheorien im Grunde gar nicht denkbar. Daher wurde früh und theoretisch dekretiert: Das geht gar nicht.*

**D. K.**

Ich habe das als eine Zweiteilung, eine Separierung empfunden. Es gab die Makrodiskussion, und da waren diejenigen, die sich mit Planungs- und Steuerungskonzepten auskannten, gar nicht beteiligt. Oder sie haben geschwiegen. Die Makrodiskussion war die Systemdiskussion, an ihr haben andere Gesellschaftswissenschaftler, Politikwissenschaftler und Ökonomen mitgewirkt. Dann gab es aber auf ein, zwei Ebenen darunter die Fachleute, die mit einer gewissen Pragmatik wieder ihre Planungskonzepte und ihre Steuerungsvorstellungen aktiviert haben.

**U. M.**

*Und Institutionenbildung auch?*

**D. K.**

Und Institutionenbildung! Aber weitgehend unabhängig von der Systemdebatte. Natürlich sind dadurch Fehler gemacht worden, dass man doch wieder auf das vertraute Konzeptwissen zurückgegriffen hat. Man konnte sich kaum die Zeit nehmen, erst einmal genau hinzugucken, welche Situationen man vorfindet oder wie zum Beispiel die Ressourcenfrage zu sehen ist oder womit man eigentlich steuern kann. Jetzt schließt sich der Kreis, weil nämlich die politische Landschaft wie ein Schwamm alles Mögliche aufgesogen hat in der Anfangszeit. Das wurde erst einige Jahre später wieder zurechtgerüttelt, als man gemerkt hat, so läuft es nicht.

**U. M.**

*Sie betonen an einigen Stellen die Bedeutung eigendynamischer Prozesse. Ist damit gemeint, dass das auch Prozesse sind, die man durch Steuerung nicht in einem direktoralen Sinne beeinflussen kann?*

**D. K.**

Das ist ein wichtiger Aspekt, den ich mir auch so nach und nach erst erarbeitet habe. Ich hatte zum Beispiel in Bamberg konsequent die planungstheoretische Auffassung vertreten: Wer steuern und planen will, der muss wissen, wo man nicht plant und wo man nicht steuert. Ich finde das eine sehr wichtige Grunderkenntnis, weil es sonst zu der Illusion verführt, man könne alle denkbaren Sachverhalte durch Steuern und Planen beeinflussen und umgestalten. Das ist eben falsch, es gibt gewisse Begrenzungen und Widerstände.

**U. M.**

*Sind das Begrenzungen des Könnens oder auch des Dürfens? Also nach dem Motto: Aus bestimmten Bereichen sollte Planung sich tunlichst raushalten.*

**D. K.**

Es sind Begrenzungen, die, wie gesagt, in der Logik der Sachverhalte selbst liegen, die so komplex sind, dass manchmal die Intervention von außen zwar in irgendeiner Weise etwas bewirkt, aber in der Regel gar nicht das, was man im Auge hat. Das sind Effekte, die man im strengen Sinne gar nicht kontrollieren kann. Insofern gibt es zum einen eine Begrenzung in der Sache. Zum anderen kann auch eine Begrenzung auf Grund der gesetzlichen Möglichkeiten, der Handlungsspielräume, der Rahmenbedingungen auftreten. Auch da gab es gewisse Restriktionen. Man hat gewusst: Das und das kann man nicht planen oder steuern, weil es seitens des Gesetzgebers oder der Ministerialverwaltung nicht gewollt ist, also wird es ausgeklammert. Aber die sachlogische Begrenzung hat mich wissenschaftlich mehr beschäftigt. Dieser Begriff mit der Eigendynamik sozialer Prozesse ist übrigens von Renate Mayntz einmal ausgearbeitet worden, ich finde ihn heute noch wichtig, auch für unsere IRS-Themen. Mit solchen Konzepten kommt man dann natürlich zu viel komplexeren Modellen.

**G. M.**

*Vielleicht können wir an dieser Stelle den Kreis langsam schließen. Zu Anfang unseres Gesprächs hatten Sie einmal die Blaue Liste bzw. die Leibniz-Gemeinschaft erwähnt und in dieser Leibniz-Gemeinschaft waren Sie Sprecher der Sektion B, in der die wirtschafts-, sozial- und raumwissenschaftlichen Institute versammelt sind. Dort haben Sie u.a. angeregt, auch den Transfer wissenschaftlichen Wissens im Sinne einer zeitgemäßen Politikberatung zu verbessern. Es sind inzwischen Veranstaltungen aus Ihrem Anstoß hervorgegangen. Diese Beschäftigung auch mit wissenschaftspolitischen Themen innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft, die in den 90er Jahren damit anfang, dass Sie sich aktiv an der Profilierung der Leibniz-Gemeinschaft beteiligt haben: Hat Sie das zu einem kritischen Beobachter der wissenschaftspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik gemacht? Wie würden Sie heute die wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen für das IRS, aber auch für die raumwissenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik einschätzen? Was kann besser gemacht werden? Wo sind Nachholbedarfe?*

**D. K.**

Die wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen enthalten für die Forschungsinstitute nach wie vor einen relativ hohen Anteil an Unsicherheit. Man darf daher nicht unterschätzen, wie viel an Stabilisierung tatsächlich seit der Neugründung der heutigen Leibniz-Gemeinschaft aufgebaut werden konnte, denn man muss wissen: Die Blaue-Liste-Institute, so wie sie verankert sind im Selbstverständnis der wissenschaftspolitischen Akteure, wurden immer als ein gewisses Instrument betrachtet, dessen man sich bedient, wenn man bestimmte wissenschaftspolitische Impulse setzen will. Der eigene Spielraum war bei den Blaue-Liste-Instituten immer geringer als bei den anderen Wissenschaftsorganisationen. Diese Stabilisierung, die jetzt mit der Leibniz-Gemeinschaft eingetreten ist, hat uns das erste Mal auch einen höheren Grad an Selbstdefinition und Selbstorganisationsmöglichkeit verschafft. Ich halte das für überlebenswichtig. Die Leibniz-Gemeinschaft muss nicht unbedingt in der heutigen Gestalt bleiben, da sehe ich natürlich auch Möglichkeiten der weiteren Veränderung, aber dass die Institute sich zusammengeschlossen haben und auch für sich nun beanspruchen, ein Stück eigene Definitionsmacht von Wissenschaft und Forschung zu besitzen, so wie die Max-Planck-Gesellschaft zum Beispiel, halte ich für sehr wichtig. Das kann man nicht hoch genug einschätzen, dass dies damals geglückt ist. Ich würde übrigens dasselbe auf der unteren Ebene sagen im Hinblick auf den engeren Zusammenschluss der raumwissenschaftlichen Einrichtungen. Auch da bin ich überzeugt davon, dass das IRS schwächer dastehen würde und sich auch immer wieder den bestimmten schwankenden politischen Vorstellungen ausgeliefert sehen würde, wenn es nur als Einzelinstitut adressiert werden könnte. Je besser wir uns vernetzen und gemeinsam agieren, zum Beispiel auch im europäischen Zusammenhang, desto eher sind wir auch mit einer eigenen Gestaltungsmacht ausgestattet, sind wir „robust“. Für die Zukunft sollte man genau diese Verankerung in größeren Verbänden auf jeden Fall weiter im Auge behalten und nicht preisgeben. In welcher Form auch immer. Auch die Kooperation der Raumwissenschaften untereinander kann wechselnde Gestalt annehmen. Aber dass das Institut eine Verankerung braucht, ist für mich unabdingbar, weil wir sonst zum Spielball der politisch schwankenden Auffassungen werden.

**G. M.**

*Wenn Sie jetzt die Zeit im IRS Revue passieren lassen und Sie würden diese zwölf Jahre als einen Weg sehen, was schätzen Sie heute auf dieser Strecke am meisten?*

**D. K.**

Ich bin sehr froh darüber, dass das Institut sich konsolidiert hat, dass es inzwischen eine Anerkennung genießt, von der ich weiß, dass sie auch trägt. Das ist in der Außenwirkung das Wichtigste, was wir erreichen konnten. Daran haben viele unterschiedliche Beteiligte mitgewirkt, so dass man das nicht einer oder zwei Personen zuschreiben kann. Was mich intern am meisten freut, ist eigentlich, dass uns, insgesamt gesehen, eine funktionierende Integration gelungen ist. Natürlich mit Abstrichen. Es gibt immer wieder Eigenbröteleien und auch Konkurrenzen, in einem gewissen Maße ist das ja auch durchaus willkommen. Letztlich habe ich aber doch den Eindruck, dass diejenigen, die sich zum IRS zählen, ein übergreifendes Bewusstsein entwickelt haben und nicht nur ihre rein individualistischen Ziele verfolgen. Das halte ich für sehr erforderlich, weil ein selbstständiges Institut einer solchen kollektiven Gesamtlinie und Identifikation bedarf. Sonst sind wir zersplittert, wie wir das von vielen Hochschuleinrichtungen her kennen. Dann sind wir auch weniger produktiv. Das bedingt natürlich, dass man auch soziale Mechanismen akzeptiert und gelten lässt und auch immer wieder wahrnimmt, Mechanismen, die die ständige Auseinandersetzung untereinander auf eine konstruktive Weise voranbringen. Da wünsche ich mir etwas mehr Aktivität und Bereitschaft, obwohl ich sehe, wie viel Jeder und Jede zu tun hat. Aber diese Auseinandersetzung muss auch stattfinden, um so mehr, wenn auch noch die Öffentlichkeit als Adressat einbezogen wird. Dann ist es noch wichtiger. Wir sind nicht nur „unter uns“. Das ist ja nur eine Scheinvorstellung, als wären wir in Erker unter uns. Wir sind immer im Tätigsein nach außen gerichtet. Daher müssen solche Abstimmungsprozesse und Ausrichtungsfragen erarbeitet werden.

**G. M.**

*Für Sie fängt Ende November 2004 ein neuer Lebensabschnitt an. Von Ruhestand kann nicht die Rede sein, so wie wir Sie erlebt und kennen gelernt haben. Was kommt als Nächstes?*

**D. K.**

In der Tat ist dieses Wort für mich nicht so attraktiv. Ich habe noch einiges vor. Ich werde mich auf jeden Fall noch an einem oder zwei Projekten, wenn das IRS dies wünscht, gerne beteiligen, zum Beispiel auch, an einem Projekt mit internationaler Ausrichtung. Sodann arbeite ich in einem Arbeitskreis mit, der gegenwärtig in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften läuft. Ich werde auch noch zwei Jahre bei der Schader-Stiftung im Kuratorium mitarbeiten. Insofern gibt es einen fließenden Übergang, bei dem ich dann allerdings mit einer höheren Zeitsouveränität meine wissenschaftlichen Interessen wahrnehmen kann, das sind ausgewählte Dinge. Wenn man seinen Berufsweg offiziell beschließt, dann hat man den Vorzug und sollte den auch nutzen, auswählen zu können, woran man noch weiter arbeiten möchte und mit welchem zeitlichen Aufwand. Das möchte ich tun. Ansonsten wünsche ich mir sehr, mit meiner Frau zusammen andere Neigungen und Interessen mehr pflegen zu können als in der Zeit seither. Wir reisen sehr gerne. Das wird sicherlich einen bestimmten Umfang einnehmen. Auch möchte ich weiter Anteil nehmen an der Entwicklung meines Sohnes.

Alles Weitere wird sich dann geben. Ich sehe das als eine Eigendynamik sozialer Prozesse auch in dieser Hinsicht und der möchte ich mich stellen.

**U. M.**

*Sie haben in einem der Ausblicks-Sätze Ihres Raumforschungstraktats von einer notwendigen oder zu befördernden Kulturtheorie des Raumes gesprochen. Haben Sie Absichten, in dieser Richtung Ihre Ideen zum Raum konzeptuell noch einmal zu verdichten oder ist „Das Fenster zum Raum“ schon das Signal?*

**D. K.**

Offen gesagt, ich habe noch nicht überlegt, ob ich dazu etwas Weiteres ausarbeiten möchte. Ich habe diese jüngste Publikation schon so verstanden, dass das für mich ein abschließender Versuch war, vieles zusammenzufügen und dann auch dem Ganzen eine gewisse Blickrichtung zu geben. Ich sehe viele weitere Anknüpfungspunkte, um weiter daran anschließen zu können. Die kulturelle Dimension wird mich weiterhin beschäftigen. Deswegen wollen wir ja auch in diesem Rahmen hier in Sils Maria über den Begriff Kulturlandschaften sprechen. Das ist für mich auch eine Fortführung dieses Gedankens. Ansonsten habe ich eher einen Wunsch, wenn es ans Schreiben geht, nochmals etwas aufzuarbeiten, was meine Zeit ab 1970 angeht: Nämlich Berlin, Westberlin nochmals Revue passieren zu lassen und dies dann aber in einen Zusammenhang zu stellen mit der heutigen Entwicklung in Berlin-Brandenburg. Da möchte ich mich aber noch etwas bedeckt halten, weil das noch nicht ausgereift ist. Ich stelle mir vor, dass ich einerseits bestimmte literarische Figuren und Elemente ausarbeiten kann, das aber verbinden möchte mit den fachlichen Fragen. Das finde ich reizvoll, eine Form zu finden, wie man das komponieren könnte. Aber die Idee muss erst einmal weiter ausreifen.

**G. M.**

*Herr Keim, haben Sie bis hierhin – und darüber hinaus – auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des IRS – vielen und herzlichen Dank, vor allem für Ihren weiten Blick und für die sichere Hand, mit der Sie für uns das Steuer zwölf Jahre im Griff hatten.*